das ganze Finanzwesen, ebenso über den Schatz, die Einkünfte und den Aufwand des Kaisers. Das dritte Ministerium ist das der Culte und Ceremonien. Unter seine Leitung gehören alle Staatsfeierlichkeiten, deren Einzelheiten in den Augen der Chinesen von höchster Wichtigkeit sind. Es beschäftigt sich mit dem Ceremoniell des Hofes, den Opfergebräuchen beim Cultus, der Anordnung öffentlicher Festlichkeiten u. s. w. Dem Kriegsministerium liegt die Aufsicht über das ganze Personal und Material der Land- und Seemacht des Reiches ob. Es wirbt die nöthigen Recruten, läßt die Kornspeicher für das Heer füllen und hat dafür zu sorgen, daß die Festungen sich in vertheidigungsfähigem Zustande befinden und das Heer mit Waffen und Munition versehen ist. Das Justizministerium hat nur mit Strafsachen zu thun, die von den unteren Gerichten durch Appellation vorgebracht werden. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten endlich leitet und überwacht alle Staatsbauten. Bis in das letzte Jahrhundert hinein lag die Hauptfeder der chinesischen Regierungsmaschine in dem sogenannten Neiko. Die sechs Ministerien waren gleichsam die Glieder zu diesem so mächtigen Kopfe. Schon im letzten Jahrhunderte bildete sich neben diesem Cabinet ein neuer Körper mit militärischer Grundlage, der im Laufe der Zeit alle bedeutendere Macht in sich aufsog und das alte Cabinet in den Schatten stellte. Dieses neue Departement heißt Tsün-tschi oder Privat-(Militär-)Rath. Die Geschäfte, die früher das Großsekretariat leitete, sind zum Theil an diesen Rath übergegangen. Der Krieg mit England und Frankreich im Jahre 1861, der den alten chinesischen Staatsmännern so unsanft den Fernblick in eine fremde Welt eröffnete, gab einem neuen, bedeutsamen Regierungskörper das Dasein, dem vielgenannten Tsung-li-Yamen oder Auswärtigen Amt. Die Wichtigkeit dieses Amtes wurde gleich bei seiner Entstehung anerkannt und wuchs in dem Maße, als die auswärtigen Beziehungen Chinas sich erweiterten. Ferner steht an der Spitze der Provinz ein Vicekönig; doch sind diesem manchmal auch zwei Provinzen unterstellt, so daß es für die 18 Provinzen nur 11 solcher Beamten giebt. Ebenso steht in den Kreisen, Bezirken und Districten ein Beamter an der Spitze der ganzen Verwaltung und Rechtsprechung, immer unter Vorbehalt des Appellationsrechtes von der niederen Instanz zur höheren. Alle Staatsbeamte oder Mandarine sind in neun Classen getheilt, deren jede für Militär und Civil besondere Abzeichen besitzt, durchweg Thiere, die auf einem etwa einen Quadratfuß großen, viereckigen Schild aufgestickt sind. Diese Schilder werden von Mandarinen auf Brust und Rücken getragen. Außer diesen Brustschildern ist auch die Art des Leibgürtels genau festgesetzt, z. B. tragen die Mandarinen erster Classe rothe Gürtel mit Schnallen aus Jade (Nephrit) und Rubinen, die der letzten Classe Schnallen aus Büffelhorn. Alle vom niedrigsten bis zum höchsten Beamten sind verantwortlich, und zwar erstreckt sich ihre Verantwortlichkeit nicht nur auf ihre öffentlichen Handlungen, sondern auf alle wie immer geartete Vorfälle in ihrem Verwaltungskreise, ja sogar auf Naturereignisse. Eine Ueberschwemmung oder Trockenheit kostet dem Beamten des dadurch getroffenen Gebietes sehr oft seine Stellung. Um Willkürlichkeiten und Mißgriffe der Beamten zu verhüten, besteht in China noch die eigenthümliche Einrichtung des Tensorats. Dasselbe hat alle Beamten, ja selbst den Kaiser nicht nur im öffentlichen Leben, sondern auch im privaten Leben zu überwachen und bei Uebertretungen zu mahnen und zu strafen. Daß dieses dem Kaiser gegenüber gewährte Recht kein fictives ist, beweisen mehrere Beispiele aus der Geschichte. Dies sind im Großen und Ganzen die hauptsächlichsten und für die Regierung Chinas wichtigsten Behörden und Körperschaften, die im Laufe der Jahrhunderte nur sehr geringe Veränderungen erlitten haben. (Schwäb. Mercur.)

Der Krieg in Südafrika.

Im Oranje-Freistaat

oder, um die jetzt officielle Bezeichnung zu gebrauchen, in der Oranje River Colony, scheinen (so schreibt jetzt im Uebereinstimmung mit unserer Auffassung auch unser Londoner Correspondent) die Boeren denn doch eine größere Activität zu entwickeln, als wie frühere Meldungen zugeben wollten. General Rundle kommt fortwährend in Berührung mit feindlichen Außenposten oder Patrouillen, und seine Gegner scheinen ihm den ganzen Bezirk von Ficksburg nach einem sorgfältig angelegten taktischen Plane streitig zu machen. Auf der Linie von Schaepers Nek bis Ficksburg stehen sich die Boeren und Engländer kampfbereit und beide in sorgfältig gewählten Stellungen gegenüber, und wie ein letztes Telegramm ausdrücklich meldet, „jede der beiden Armeen behauptet ihre Position".

Hiernach scheint General Rundle noch auf die Cooperation von General Buller von Nordosten und von Roberts von Norden zu warten, und jedenfalls widerspricht die Lage auf diesem Theile des Kriegstheaters den fortwährenden Behauptungen der officiellen und nicht officiellen Meldungen von englischer Seite, nach welchen die Boeren auch hier „vollständig entmuthigt und desorganisirt" sein sollen. Gleichzeitig sollen übrigens auch die Boeren ein stärkeres Commando nach Ficksburg vorstoßen, wobei sie allerdings auf energischen Widerstand Rundle'scher Abtheilungen rechnen können. Der Krieg ist also auch hier noch lange nicht zu Ende.

Feldmarschall Roberts meldet gestern (20. dss.) Abends von Pretoria, daß General Hunter mit seiner Avantgarde Krügersdorp ohne Widerstand am 18. Juni besetzen konnte, wodurch ein weiterer Fortschritt nach den Norden für die englische Hauptarmee gesichert ist. Inzwischen hat Lord Methuen bei Heilbron ein kleines Scharmützel zu bestehen gehabt; eine Boerenabtheilung unter Christian de Wet machte den Versuch, einen großen Transport, bei dem sich General Methuen in Person befand, abzuschneiden und zu verhindern, daß derselbe in die Stadt einrückte, Methuen hatte jedoch hinreichende Bedeckungsmannschaft, um den feindlichen Angriff abzuschlagen, wobei er angeblich nur drei Mann verlor.

Roberts meldet ferner: daß „das Land sich immer mehr beruhigt", worauf jedoch in Anbetracht früherer Erfahrungen herzlich wenig zu geben ist. Am 19. Juni gelang es dem Obersten Hutton mit seiner berittenen Infanterie, in der Nähe von Rustenburg, einer kleinen Boerenabtheilung unter Commandant du Plessis zwei Feldgeschütze fortzunehmen. Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindung zwischen Pretoria und Capstadt ist nach Roberts' Meldung wieder vollständig hergestellt.

Folgende Meldungen sind noch von Interesse:

* **London**, 22. Juni. (Telegramm.) „Reuter's Bureau" meldet aus Hammonia vom 19. d. M.: Eine ziemlich starke Truppe der Boeren besetzte während der Nacht einen einzelstehenden Berg, um von dort Patrouillen der Yeomanry abzuschneiden. Die Boeren wurden von General Rundle's Artillerie überrascht, die sie so wirksam beschoß, daß sie sich zurückziehen mußten.

* **Capstadt**, 22. Juni. (Telegramm.) Seit der Besetzung Pretorias und Johannesburgs übernehmen die militärischen Behörden die Verwaltungsbestimmungen, wie sie unter der transvaalischen Regierung in Kraft waren. Namentlich die Minenpolizei wird beibehalten. Alle Minenarbeiten sind eingestellt, außer der Pumparbeit. Der Transitverkehr mit geprägtem und ungeprägtem Golde ist verboten.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 21. Juni. Zur Frage der deutschen Rechtschreibung theilten wir unlängst mit, die „Straßb. Post" halte die Meldung, daß der Reichskanzler eine Regelung der Orthographie plane, für irrig und sei der Meinung, Fürst Hohenlohe sei ebenso wie s. Z. Fürst Bismarck ein Gegner der Bestrebungen, die sogenannte Puttkamer'sche Orthographie auch im amtlichen Verkehr einzuführen. Das Mißverständniß sei vielleicht auf die gelegentliche Aeußerung des jetzigen Reichskanzlers zurückzuführen, es wäre, um der jetzt herrschenden Verwirrung auf diesem Gebiete ein Ende zu machen, vielleicht besser, die Puttkamer'sche Orthographie abzuschaffen und wieder zu der in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts allgemein angewendeten Rechtschreibung zurückzukehren. Diese unsere Mittheilung hat Herrn Dr. Adolf Geibel in Leipzig veranlaßt, die „Straßb. Post" um Aufnahme der nachstehenden Bemerkungen zu ersuchen:

Im Jahre 1880 hat der Cultusminister von Puttkamer eine einheitliche Rechtschreibung für die preußischen Schulen angeordnet und als Norm ein Heftchen „Regeln und Wörterverzeichniß für die deutsche Rechtschreibung" ausarbeiten lassen. Man mag über den philologischen und pädagogischen Werth dieser „Regeln" denken, wie man will, jedenfalls sind sie in allerkürzester Zeit von den obersten Schulbehörden aller deutschen Bundesstaaten der Schulrechtschreibung je ihrer Gebiete zu Grunde gelegt worden. Auch die Schweiz schloß sich alsbald an, und seitdem ist die Puttkamer'sche Orthographie nicht, wie Ihr Artikel sagt, „zum Theil", sondern ganz allgemein und ausnahmslos in den deutschen Schulen eingeführt.

Diese Einmüthigkeit der Schulbehörden Deutschlands und der Schweiz verdankt die sogenannte Puttkamer'sche Orthographie in erster Linie der allgemeinen Sehnsucht nach Einheitlichkeit. Inzwischen hat sie sich, trotz des schweren Widerstandes, den sie bei der damals bereits der Schule entwachsenen Bevölkerung, bei den Fachgelehrten, vor allem bei dem Altreichskanzler und, wohl auf seine Anregung hin, bei allen Ministerien und Reichsämtern fand, in einem Maße durchgerungen, das man auch nicht annähernd zu würdigen scheint. Ungeachtet der anfänglichen Abneigung und des späteren Indifferentismus der Massen gegenüber der neuen Schreibung beherrscht sie heutzutage fast ausnahmslos die ganze belletristische und populär-wissenschaftliche Literatur. Man wird Mühe haben, unter den Erscheinungen der letzten Jahre Romane, Novellen, Gedichtsammlungen, belehrend-unterhaltende Werke und Zeitschriften zu finden, die noch in alter Orthographie gedruckt sind. Unseren Classikern ist von Göschen, Hempel, Meyer, Oldenbourg, Reclam, Spemann u. s. w. das neue Gewand angezogen worden. „Gartenlaube" und „Daheim", „Vom Fels zum Meer" und „Westermann", „Colonialzeitung" und „Woche", alle Conversationslexika zeigen die neue Schreibung, der nur noch die meisten politischen Zeitungen und allerdings der größere Theil wissenschaftlicher Werke abhold sind. Doch auch auf diesen Gebieten kann der Sieg nicht ausbleiben. Haben doch schon angesehene und verbreitete Zeitungen, wie Ihr geschätztes Blatt selbst, und vielgelesene Männer der Wissenschaft dem Drang nach Einheit der Schreibung Rechnung getragen.

Da, so sollte man meinen, verschlägt es denn nicht gar zu viel, wenn die an sich sehr anerkennenswerthe Durchführung einer consequenten Schreibung im Texte des bürgerlichen Gesetzbuchs (eine Schreibung übrigens, deren an die alte Orthographie sich anlehnender Charakter mehr nach grammatikalischen und stilistischen, als nach rein orthographischen Gesichtspuncten aufgestellt ist) einen Postbeamten, dessen germanistischer Beruf noch nachzuweisen wäre, dazu begeistert, aus anderer Schmaus neue Regeln der deutschen Rechtschreibung herauszudestilliren und nach seinem Sprachgefühl zu erweitern.

Und wenn das Unerwartete doch geschähe. Wenn diese Eruptionen der Commission für das bürgerliche Gesetzbuch und des Reichspostamtes auf ein so disparates Gebiet dennoch die Anregung dazu gäben, daß seitens des preußischen Cultus- oder auch Gesammtministeriums eine neue Schul- und Amtsorthographie angeordnet würde? Der Schaden wäre nicht abzusehen. Wir würden die Einheitlichkeit verlieren und das Chaos dafür eintauschen. Denn wenn 1880 alle obersten Schulbehörden dem Puttkamer'schen Vorschlag fast kritiklos zustimmten, eben weil er erlösend die Gleichartigkeit brachte, so dürfte es heute auch dem Vollendetsten nur dann gelingen, sich allgemeine Anerkennung zu verschaffen, wenn es auch sofort allgemein als Vollendetes anerkannt würde. Und das verhindern die so unvereinbaren Standpuncte der Historiker, der Phonetiker, der Pädagogen."

In einer Nachschrift zu dieser Auslassung erklärt die „Straßb. Post", sie stehe in dieser Frage nicht auf dem Standpuncte des Reichskanzlers, halte die Möglichkeit eines Rückschrittes zur alten Rechtschreibung für völlig ausgeschlossen und halte die sofortige Annahme der Puttkamer'schen Orthographie durch alle Behörden für das Beste. Freilich, fügt das Blatt hinzu, werde es angesichts der bestehenden Verhältnisse zu einer solchen Annahme vorläufig nicht kommen. Das ist auch unsere Ueberzeugung. Hat doch die „Nordd. Allgem. Ztg." die Meldung der „Straßb. Post" über die Stellung des Reichskanzlers zur Orthographiefrage durch Uebernahme bestätigt. Seine gelegentliche Aeußerung, daß die Abschaffung der Puttkamer'schen Orthographie „vielleicht" der herrschenden Verwirrung das glücklichste Ende bereiten würde, beweist, daß er vorläufig keiner Neuerung zustimmen würde.

Ω **Berlin**, 22. Juni. Die Berliner Vertreter böhmischer Brauereien erlassen an ihre Kunden ein Circular, in dem es heißt:

„Nachdem die Erhöhung des Zolles auf ausländisches Bier vom Reichstage und Bundesrath angenommen ist und am 1. Juli cr. in Kraft treten wird, sehen sich unterzeichnete Vertreter böhmischer Brauereien gezwungen, von diesem Tage ab einheitlich einen Zuschlag in Höhe des Mehrzolles und zwar als „Flottenzoll" mit 3,40 ℳ für das Hektoliter zu erheben. Die bisherigen Bierpreise und Conditionen bleiben bestehen."

Die Herren Brauereivertreter sollen es sich gesagt sein lassen, daß sie in diesem Rundschreiben das Gegentheil von Takt verrathen. Mögen sie durchweg Reichsangehörige sein, jedenfalls vertreten sie die Geldinteressen Fremder, und aus diesem Grunde schickt es sich für sie nicht, mit der Wahl des höhnischen Ausdrucks „Flottenzoll" auf innere politische Angelegenheiten Deutschlands in kritischer Weise Bezug zu nehmen. Es liegt darin eine Ungebühr gegen den deutschen Reichstag, der die Erhöhung des Zolles auf Bier angeregt, gegen den Bundesrath, der zugestimmt hat, und gegen den Kaiser, dessen Namen das Zolltarifgesetz trägt. Die deutschen Flottengegner haben allerdings dafür keine Empfindung, sie äußern vielmehr Genugthuung über den „Witz" der Brauereivertreter. Das ist nicht zu verwundern. Merkwürdiger ist schon, daß freisinnige und socialdemokratische Blätter sich auch über eine Erhöhung des Preises für ausländisches Bier freuen, welche durch die Zollsteigerung keineswegs geboten ist. Bei der Berathung des Zolltarifs wußten die Herren sich nicht dringend genug für das „Pilsener des armen Mannes" zu verwenden. Der Abg. Dr. Hasse bemerkte allerdings gleich, daß es ihnen damit nicht ernst sei, und die jetzt bekundete Genugthuung bestätigt die Richtigkeit seiner Behauptung.

ß. **Berlin**, 22. Juni. (Centrum und Elsässer.) Die „Köln. Volksztg." bekommt einen derben Wischer von einem in Colmar erscheinenden elsässisch-klerikalen Blatte wegen der anerkennenswerthen Haltung, die das rheinische Centrumsblatt in letzter Zeit wiederholt eingenommen hat, wenn französisch-klerikale und deutsche Interessen im Widerspruche zu einander standen. Das elsässische Blatt behauptet, die „Köln. Volksztg." mache es sich zum Sport, über Frankreich und die französischen Katholiken falsche Nachrichten in die Welt zu schicken. „Dem Fasse den Boden eingeschlagen hat aber der tendenziöse Bericht, den besagtes Blatt kürzlich über die römischen Pilgerzüge in die Welt geschickt, nur um den verhaßten Franzosen wieder einmal etwas einzubrocken. Das ging nun auch dem Gutmüthigsten über die Hutschnur, und laut sei es hier gesagt, daß die ganze Geschichte, die so viel Staub aufgewirbelt, so viel böses Blut verursacht hat, nach dem bis jetzt aus bester Quelle eingezogenen Erkundigungen vollständig aus der Luft gegriffen, bezw. tendenziös entstellt waren." (Beiläufig bemerkt, kann nun die „Germania", die in der erwähnten Angelegenheit im Gegensatze zu der „Köln. Volksztg." eine jammervolle Haltung eingenommen hat, sich auf das französisch-protestlerische Blatt als Kronzeugen berufen.) Die „Köln. Volksztg." bleibt natürlich dem elsässischen Blatte die Antwort nicht schuldig, aber damit ist die Sache nicht abgethan, denn es handelt sich hier nicht um die Polemik mit einem beliebigen einzelnen Zeitungsorgan. Was der „Elsässer Courier" hier schreibt, ist dem gesammten französelnden elsässischen Klerikalismus aus der Seele gesprochen. Wenn es sich um einen Conflict zwischen Deutschen und Franzosen handelt, wird unbedingt für die letzteren Partei ergriffen, selbst wenn auf deutscher Seite schon durch ihr Alter ehrwürdige katholische Geistliche stehen. Diese französische Gesinnung des elsässischen Klerikalismus datirt natürlich nicht erst von heute. Das Centrum ist aber unausgesetzt so sehr bemüht, die elsässischen Klerikalen noch enger an sich zu knüpfen, daß er sich von den Letzteren als Vorspann benutzen läßt, wenn es sich um elsässische Sonderwünsche handelt, deren Gewährung, wie sich eben wieder aus der von dem „Elsässer Courier" zur Schau getragenen Gesinnung erkennen läßt, zum Mindesten bedenklich wäre. Will also die „Köln. Volksztg." ihre Pflicht thun, so muß sie die Partei, deren führendes Organ sie ist, dahin bringen, von den Elsässern abzurücken.

⊙ **Berlin**, 22. Juni. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." kann auf Grund zuverlässiger Informationen feststellen, daß die jüngst durch die Tagespresse gegangene Nachricht, es sei die Angliederung der **nautischen Abtheilung des Reichs-Marineamts** an den Admiralstab der Marine beabsichtigt, völlig aus der Luft gegriffen ist.

⊙ **Berlin**, 22. Juni. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt zu dem **Tode des Grafen Murawjew**: Zum zweiten Male innerhalb weniger Jahre wird dem befreundeten großen Nachbarreich in einem Augenblick der ernstesten Arbeit der europäischen Diplomatie der Leiter seiner auswärtigen Politik entrissen. Der dahingegangene Staatsmann war ein überzeugter Vertreter der Grundanschauung, daß dem deutschen und dem russischen Reich die Möglichkeit, ja die geschichtliche Bestimmung gegeben sei, in ungestörtem Frieden und freundwilliger Nachbarschaft der Pflege ihrer Culturaufgaben zu leben. Zu den gegenwärtig zwischen den Höfen, wie Cabinetten in Berlin und Petersburg bestehenden vertrauensvollen Beziehungen trug Graf Murawjew während seiner kurzen, aber erfolgreichen Laufbahn in vollem Maße bei.

⊙ **Berlin**, 22. Juni. (Telegramm.) Das Staatsministerium trat heute Nachmittag 3 Uhr im Dienstgebäude am Leipziger Platz unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.

— In Bezug auf den Nachweis der Befähigung zur Leitung einer höheren preußischen Mädchenschule hat der Cultusminister bestimmt: „Weibliche Personen, welche die Schulvorsteherinnenprüfung vor dem 1. Januar 1895, dem Tage des Inkrafttretens der Ordnung der wissenschaftlichen Prüfung der Lehrerinnen vom 31. Mai 1894, abgelegt haben und die Leitung einer höheren Mädchenschule übernehmen wollen, sind von der Ablegung der wissenschaftlichen Prüfung der Lehrerinnen allgemein befreit. Weibliche Personen, welche die Schulvorsteherinnenprüfung nach dem vorbezeichneten Zeitpuncte abgelegt haben und die Leitung einer vollentwickelten höheren Mädchenschule, d. h. einer höheren Mädchenschule mit wenigstens sieben aufsteigenden Classen und neun Jahrescursen sowie mit verbindlichem Unterrichte in zwei fremden Sprachen übernehmen wollen, haben auch den Nachweis des Bestehens der wissenschaftlichen Prüfung der Lehrerinnen zu führen. Wenn Personen der letzterwähnten Art die Leitung einer nicht vollentwickelten höheren Mädchenschule übernehmen wollen, so ist von ihnen der Nachweis der erfolgreichen Ablegung der wissenschaftlichen Prüfung der Lehrerinnen nicht zu fordern."

‡ **Nordhausen**, 21. Juni. (Patriotische Denkmäler.) Heute fand hier die Grundsteinlegung für das am nördlichen Ende der Stadtpromenade zu errichtende Bismarckdenkmal statt. — Das Kaiser-Friedrich-Denkmal wird am südlichen Eingange der Stadtpromenade errichtet. Das Comité hat jetzt die eingegangenen neuen Denkmalsentwürfe geprüft und sich für ein Reiterstandbild entschieden.

th. **Weimar**, 22. Juni. Der Großherzog wird sich morgen nach Dornburg begeben, wo er am Sonntag seinen 83. Geburtstag feiern wird.

* **Aus der Pfalz**, 21. Juni. Der Bund der Landwirthe hat als ursprünglich norddeutsche Gründung in Süddeutschland wenigstens theilweise sich nicht oder nur schwer einbürgern können. Besonders in Altbayern wurde gegenüber dem rein blau-weißen bayerischen Bauernbunde der Bund der Landwirthe als „Bickelhaubenbund" arg verschrieen. In der mehr großdeutschen Pfalz dagegen hatte letzterer indeß von vorn herein eine starke Anhängerschaft gewonnen. Es scheint nun, als ob auch hier in Verbindung mit gewissen Vorkommnissen der jüngsten Zeit der Particularismus sich breiter mache. Wenigstens hielt es in der am vorigen Sonntag abgehaltenen pfälzischen Landesversammlung des Bundes der Landwirthe der Vorsitzende desselben, Dr. Rösicke, für nöthig, sich gegen das ihm angeblich anhaftende Großpreußenthum zu verwahren. Er betonte laut „Pfälz. Volksztg." sehr energisch, daß er besonders bayerische Interessen vertreten habe und auch immer im Auge behalten werde. Seine ablehnende Stellungnahme zu dem Compromißvorschlage in der Fleischbeschaufrage sei in hervorragendem Maße von Rücksichten auf die speciellen bayerischen Verhältnisse dictirt worden. Ueberhaupt verdamme er keineswegs den Particularismus, am allerwenigsten den bayerischen. — Das ist ja gar nicht so übel im Munde dieses Bundesführers — aber, so fügt die „Pfälz. Volksztg." hinzu, gewählt wird er trotz alledem im Reichstagswahlkreise Kaiserslautern-Kirchheim-Bolanden nicht mehr.

* **Stuttgart**, 22. Juni. Bei den gestrigen Handelskammerwahlen siegte hier der Wahlvorschlag des freihändlerischen Handelsvereins und ebenso in Cannstatt, Ludwigsburg und Eßlingen. In den kleineren Städten und den Landorten drang der Wahlvorschlag des Schutzvereins durch.

* **München**, 21. Juni. Rege Thätigkeit herrscht derzeit im Comité für den VI. Internationalen Katholiken-Congreß, der im Monat September d. J. in München stattfindet. Bisher sind nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Oesterreich, Ungarn, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien Anmeldungen zur Betheiligung eingetroffen. Der Congreß gruppirt sich in zehn Sectionen. Wie man vermuthet, wird sich die römische Kurie durch einen außerordentlichen Legaten vertreten lassen. — Das bayerische Centrum und der bayerische Bauernbund liegen in bitterster Fehde. Wo immer es nur angeht, fahren die beiden Parteien einander in die Haare. Als am Dienstag die Emeritirung der Geistlichen in der Abgeordnetenkammer zur Verhandlung gelangte, nahm der bündlerische Abg. Dr. Gäch zu folgender Rede das Wort:

Ich werde gegen diese Position stimmen. Der Staat hat absolut keine Verpflichtung für Aufbesserung und Pensionirung der Geistlichen. Die Geistlichen sollen theerseits selbstständig vorgehen und sich auch in materieller Beziehung selbstständig machen. Ich könnte ja auch beantragen, daß die Bauern Pensionen bekommen, denn diese hätten gerade so viel Anspruch darauf wie die Geistlichen. Die Geistlichen sollten sich selbst versichern.

Dr. Gäch mußte alsbald erkennen, daß er in ein Wespennest gegriffen habe. Die Geistlichen Gerstenberger und Daller bedeuteten ihm in erregtem Tone, die Verpflichtungen gegen den Klerus habe der Staat mit der Einziehung der Kirchengüter übernommen. Schlagfertig erwiderte hierauf der Bauernführer: „Von der großen Säkularisation, durch welche die Bauern seitens der Geistlichkeit im Mittelalter um ihr Besitzthum gebracht wurden, wird nichts gesprochen." Was nun folgte, ergiebt sich zur Genüge aus folgenden Worten des Parlamentsberichtes:

Abg. Dr. Pichler (Ctr.): Dr. Gäch hätte um so weniger Veranlassung, gegen die katholische Geistlichkeit zu hetzen, als er seine ganze Existenz eben dieser — seinem geistlichen Onkel verdankt. (Sehr richtig! im Centrum. Dr. Gäch: „Lüge! Lüge!" Glocke des Vicepräsidenten.)

Italien.

Ein Weckruf Crispi's.

* **Rom**, 21. Juni. Crispi veröffentlicht in der „Tribuna" einen flammenden Artikel, um das Land aus der Lethargie bezüglich der äußeren Politik zu wecken. Er fordert mit ernsten Worten die active Theilnahme Italiens an der Befreiung Chinas, sonst müsse Italien abdanken. Hierauf zeigt er an der Geschichte der letzten zwanzig Jahre, wie sehr Italien sich geschadet habe, daß es seine ganze politische Thätigkeit auf die inneren Parteikämpfe beschränke. Der Brief macht in ernsten politischen Kreisen einen großen Eindruck, um so mehr, da wegen der Cabinetskrisis Visconti-Venosta keine Initiative betreffs China ergreifen will. (Frkf. Ztg.)

Spanien.

Die Steuerverweigerungen.

* **Madrid**, 22. Juni. (Telegramm.) Der Minister des Innern erklärte in einer Unterredung, daß nach den bei den hauptsächlichsten Steuerverweigerern vorgenommenen Beschlagnahmungen die Steuererhebung ihren Fortgang nehme. — Im ganzen Lande herrscht Ruhe.

Rußland.

Murawjew †.

* **Petersburg**, 22. Juni. (Telegramm.) Der „Herold" schreibt in einem dem Andenken des Grafen Murawjew gewidmeten Artikel: Graf Murawjew hat in den wenigen Jahren seiner Amtsführung zu einem nicht geringen Theile zur Mehrung des politischen Ansehens Rußlands beigetragen. Er hat die Friedensliebe Rußlands als leitendes Princip der auswärtigen Politik Rußlands zu Grunde gelegt. Als wirklicher Kenner der deutschen Politik hat er erkannt, daß eine aufrichtige Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland zu den stärksten Förderungsmitteln der beiderseitigen Interessen gehört. (Wortl.)

* **Paris**, 22. Juni. (Telegramm.) Die Nachrufe der Presse für Murawjew sind überaus warm, namentlich die der Nationalisten zeichnen sich durch Schwung aus. „Eclair" schreibt: „In Frankreich wird Jedermann das vorzeitige Hinscheiden dieses treuen Freundes unseres Landes bitter beklagen. Er war ein unerschütterlicher Anhänger des französisch-russischen Bündnisses. In dieser wirklichen Familientrauer gewährt uns nur die Ueberzeugung einigen Trost, daß Kaiser Nicolaus Murawjew einen Nachfolger geben wird, der seine Politik mit gleicher Entschlossenheit und Ehrlichkeit fortsetzt." (Voss. Ztg.)

* **Paris**, 22. Juni. In dem heute im Elysée-Palast abgehaltenen Ministerrath theilte der Minister des Aeußeren Delcassé mit, daß er Namens der Regierung der Republik gestern der russischen Regierung das tiefste Beileid anläßlich des Todes des Grafen Murawjew ausgesprochen und zugleich als persönlicher Freund der Familie des Heimgegangenen condolirt habe. Der Ministerrath schloß sich der Condolenz des Ministers Delcassé an.

Afrika.

Der Aufstand an der Goldküste.

* **Accra**, 22. Juni. (Telegramm.) Nach Meldungen der Eingeborenen wurden bei dem letzten Ausfall aus Kumassi der Gouverneur verwundet und acht Officiere getödtet.

F. A. Schütz
Königl. Hofmöbelfabrik
Ausstellungshaus
vollständiger Wohnungseinrichtungen
Grimmaische Str. 10.

Del Vecchio's Kunstsalon
(Markt 10, II., Kaufhalle).
Letzte Woche
Burne Jones Ausstellung
nur noch kurze Zeit:
Prof. E. O. Simonson-Castellis
umfassende Gemälde-Collection.

Julius Blüthner
Kaiserl. und Königl. Hofpianofortefabrik
Eingang Weststrasse 59.

Elektrizitätswerk Beznau,
in der Nähe von Waldshut (Baden).
Wasserkraft von 10,000 Pferdestärken.
Seit Herbst 1898 auf Schweizer Gebiet im Bau befindlich. Vortheilhafte Abgabe von elektrischer Energie für industrielle Unternehmen. Günstig gelegenes **Industrieterrain** am Rhein auf badischer Seite, mit Geleiseanschluß, wird billig zur Verfügung gestellt. Auskunft ertheilt die Besitzerin des Werkes
Motor
Aktiengesellschaft für angewandte Elektricität, Baden (Schweiz).

Auskunfts-Bureau „Vorsicht"
Gegr. 1869. F. Vetterlein Nachf., Gegr. 1869.
Leipzig, Ritterstraße 8, I., Fernsprecher Nr. 7076.
Ertheilt Auskünfte auf das In- u. Ausland prompt u. gewissenhaft.